## Inhaltsverzeichnis

Einle	eitung	25
I.	Einführung und Problemaufriss	25
П	I. Praktische Relevanz der Forschungsfrage	29
П	II. Der Gang der Untersuchung	31
	Teil 1	
	Grundlagen	34
A. T	Cerminologie der Beweisverbote	34
I,	Strafprozessrecht	35
	1. Beweiserhebung und Beweisverwertung	35
	2. Selbstständige und unselbstständige Beweisverwertungsverbote	37
	3. Beweisverwertungsverbote als Belastungsverbote	38
	4. Beweiserhebung durch Private?	39
IJ	I. Zivilprozess	41
Ц	II. Zusammenfassung	43
B. K	Kategorien der eigeninitiativen Beweismittelsuche	43
I,	Abgrenzung zwischen staatlicher Beweiserhebung und privater Beweismittel-	
	suche	43
II	I. Private Ermittlungen	45
	1. Generelle Zulässigkeit privater Ermittlungen	46
	a) Konflikte mit dem staatlichen Ermittlungsmonopol?	46
	b) Legitimation privater Ermittlungen	49
	c) Zivilrechtliche Betrachtung	51
	d) Ergebnis zur generellen Zulässigkeit privater Ermittlungen	52
	2. Echte private Ermittlungen	52
	3. Unechte private Ermittlungen	53
ij	II. Private Beweismitteldokumentation	54
Ĺ	V. Sonderkonstellation "Dashcam"	54
V	7. Zusammenfassung	55
C. V	Jerhältnis von materiellem Recht und Prozessrecht	55

D.	Sta	nd und Defizite der Diskussion	57
	I.	Strafprozess	60
		1. "Extremlösungen"	60
		a) Generelle Unverwertbarkeit	60
		b) Grundsätzliche Verwertbarkeit	63
		2. Verfassungsrechtliches Abwägungsmodell der Rechtsprechung	64
		a) Darstellung	64
		b) Analyse und Kritik	66
		c) Ergebnis	68
		3. Abwägungsmodell des Schrifttums	68
		4. Analoge Anwendung des § 136a StPO	70
		5. Menschenrechtswidrigkeit	72
		6. Grundrechtliche Schutzpflichten	73
		7. Strafrechtswidriges Verhalten	76
		8. "Hypothese rechtswidriger staatlicher Beweiserhebung"	77
		9. Ergebnis zu den strafprozessualen Beweisverbotsmodellen	81
	H.	Zivilprozess	81
		1. "Extremlösungen"	82
		a) Generelle Unverwertbarkeit: Einheit der Rechtsordnung	82
		b) Generelle Verwertbarkeit: Trennungsdogma	84
		2. Verfassungsrechtliches Abwägungsmodell	85
		a) Darstellung	85
		b) Erlangungs- und Verwertungsakt	87
		aa) Formale Anknüpfung an die Verwertung	87
		bb) Vorgelagerte materiell-rechtliche Bewertung	90
		cc) Anknüpfung an den Erlangungsakt	91
		dd) Perpetuierungsgedanke	92
		ee) Unklarer Anknüpfungspunkt	92
		c) Ergebnis	93
		3. Einfachgesetzliche Modelle	93
		a) Schutzzweck der verletzten Norm	93
		b) Selbsthilfeverbot	95
		c) Schadensersatzanspruch als Grundlage des Verwertungsverbots	96
		d) Unterlassungsanspruch als Grundlage des Verwertungsverbots	
		e) Grundsatz des redlichen Prozessverhaltens: Treu und Glauben	
		f) Datenschutzrechtliche Lösungsmodelle	
		4. Ergebnis zu den zivilprozessualen Beweisverbotsmodellen	
	Ш,	Gesamtergehnis zum Stand und den Defiziten der Diskussion	

## Teil 2

		Grenzen der privaten Beweismitteisuche	100
Α.	Ziv	ilrecht - Allgemeines Persönlichkeitsrecht	107
	I.	Grundlagen	
		1. Dogmatische Grundlage: Unmittelbare Grundrechtswirkung im Privatrechts-	
		verhältnis?	109
		2. Verhältnis von verfassungsrechtlichem und zivilrechtlichem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	112
		3. Zwischenergebnis	
	IΤ	Schutzinhalt des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	
		Verhältnis zu besonderen Persönlichkeitsrechten	
	111.	Die besonderen Persönlichkeitsrechte	
		2. Problemfälle	
		a) Vorrang der besonderen Persönlichkeitsrechte?	
		b) "Sperrwirkung" der besonderen Persönlichkeitsrechte?	
	137	Interessenabwägung	
	Ι ۷.	Verzicht auf die Interessenabwägung	
		Parameter der Interessenabwägung	
		a) Allgemeine Vielfalt und systematische Orientierung	
		b) Rechtskreis des Verletzten	
		c) Rechtskreis des Verletzers	
		3. Präzisierung der Interessenabwägung	
		* *	
		a) Das Beweisinteresse in der persönlichkeitsrechtlichen Abwägungsdoktrin	
		aa) Das Beweisinteresse auf der Verwertungsebene	
		bb) Das Beweisinteresse auf der Erlangungsebene	
		cc) Zwischenergebnis und Schlussfolgerung	
		b) Präzisierungsversuche	
		aa) Orientierung an Rechtfertigungssituationen	
		bb) Orientierung am Arbeitsrecht	
		cc) Zwischenergebnis	
		c) Eignung, den intendierten Zweck zu erreichen	
		aa) Die Eignung aus tatsächlichem Blickwinkel	
		bb) Die Eignung aus beweisverbotsbezogenem Blickwinkel	
		Ergebnis für das zivilrechtliche allgemeine Persönlichkeitsrecht	
В	. Da	tenschutzrecht	
	i.	Sachlicher Anwendungsbereich (Art. 2 DSGVO)	
		1. Automatisierte Verarbeitung personenbezogener Daten	
		2. Haushaltsausnahme (Art. 2 Abs. 2 lit. c DSGVO)	. 154

	3. Anwendungsausschluss wegen Kriminalitätsbekämpfung (Art. 2 Abs. 2 lit. d DSGVO)	157
II.	Erlaubnissatz	
	1. Anwendungsvorrang des Unionsrechts	
	2. Rechtmäßigkeit der Verarbeitung (Art. 6 DSGVO)	
	3. Konkretisierung für den Bereich der eigeninitiativen Beweismittelsuche	
	a) Berechtigte Interessen	
	b) Erforderlichkeit	
	c) Abwägung	
	4. Ergebnis für die datenschutzrechtliche Erlaubnis und Schlussfolgerung	
III	. Grundsätze der Datenverarbeitung (Art. 5 DSGVO)	
	. Hinweispflichten und formale Vorgaben	
	Verhältnis zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht	
	Ergebnis für das Datenschutzrecht	
	rafrecht	
I.	§ 201 StGB	
2.	Besonderer Inhalt des gesprochenen Wortes	
	2. § 201 Abs. 1 Nr. 1 StGB – (heimliche) Tonaufnahmen	
	3. § 201 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StGB – Abhören mittels eines Abhörgeräts	
	a) Abhörgerät	
	b) Abhören	
	c) Nicht zu seiner Kenntnis bestimmt	
	4. Ergebnis für § 201 StGB	
п	§ 201a StGB	
11.	1. Höchstpersönlicher Lebensbereich	
	a) Gleichsetzung mit der Intimsphäre	
	b) Situationen des Alleinseins	
	c) Anknüpfung an den strafrechtlichen Ehrbegriff	
	d) Ein Präzisierungsversuch	
	e) Ergebnis zum höchstpersönlichen Lebensbereich	
	2. § 201a Abs. 1 Nr. 1 StGB: Aufnahme aus einer Wohnung oder einem gegen	170
	Einblick besonders geschützten Raum	199
	a) Wohnungen und gegen Einblick besonders geschützte Räumlichkeiten	
	b) Eigene und fremde Räumlichkeiten	
	c) Auswirkungen auf die private Beweismittelsuche	
	3. § 201a Abs. 1 Nr. 2 StGB: Hilflosigkeit einer anderen Person	
	a) Hilflosigkeit	
	aa) Orientierung an §§ 243 Abs. I S. 2 Nr. 6, 221 StGB	
	bb) Auswirkungen auf die Beweissicherung	
	b) Zur Schau stellen	200

	4. § 201a Abs. 2 StGB: Ansehensschädigende Aufnahmen	211
	5. Sozialadäquanzklausel	211
	a) Tatbestandsausschluss	212
	b) Beweisinteresse	212
	c) Berücksichtigung der Verwertbarkeit	214
	6. Ergebnis für § 201a StGB	214
II.	Unterschiede zwischen § 201 und § 201a StGB	215
V.	Rechtfertigung	216
	1. Unterschiede zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht und zum Datenschutzrecht	217
	2. Das Merkmal unbefugt	219
	3. Anerkannte Rechtfertigungsgründe – §§ 32, 34 StGB	222
	a) Notwehr gem. § 32 StGB	
	aa) Notwehrlage	224
	bb) Notwehrhandlung	227
	(1) Grundlegendes Begriffsverständnis der Eignung	228
	(2) Spezifische Probleme der privaten Beweismitteldokumentation	228
	(3) Eignung zur Angriffsabwehr – prozessualer Einschlag	
	(4) Relativ mildestes Verteidigungsmittel	233
	cc) Subjektives Rechtfertigungselement - das Beweisinteresse	
	dd) Ergebnis für die Notwehrrechtfertigung	
	b) Rechtfertigender Notstand	
	aa) Notstandslage	. 237
	(1) Die Beweisnot als Schlüssel zum Erfolg?	. 238
	(2) Nachweis einer vergangenen oder gegenwärtigen Straftat	. 239
	(a) Das Recht zur Anzeige (§ 158 StPO)	. 240
	(b) Das staatliche Strafverfolgungsinteresse	. 242
	(c) Die wiederholte Begehung – Dauergefahr	
	(d) Zwischenergebnis und Schlussfolgerung	
	(3) Die drohende "Prozessniederlage"	
	(a) Strafprozess	
	(b) Zivilprozess	
	(c) Auswirkungen auf die Gefahr i. S.d. § 34 StGB	
	(d) Zwischenergebnis	. 252
	(e) Folgen für die typischen Fallkonstellationen der privaten Be-	
	weismittelsuche	
	(f) Zivilrechtliche Absicherung – § 229 BGB	
	bb) Die Erforderlichkeit	
	cc) Die Interessenabwägung	
	dd) Die Angemessenheit	
	ee) Strafnrozess - Niederlage des Beschuldigten	26

ff) Ergebnis für die Notstandsrechtfertigung und Schlussfolgerung	. 268
4. Besondere Rechtfertigungsgründe im Kontext der §§ 201, 201a StGB	. 270
a) Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen	. 270
b) Notwehrähnliche Lage	
aa) Anwendungsbereich und dogmatische Begründung	. 273
bb) Voraussetzungen und Konsequenzen der notwehrähnlichen Lage	. 274
cc) Kritik	. 275
(1) Abwehr eines zukünftig drohenden Angriffs	. 275
(2) Aufnahme einer strafbaren Äußerung	. 277
dd) Ergebnis zur notwehrähnlichen Lage und Schlussfolgerung	. 277
c) Ausgleich konfligierender Interessen	. 278
aa) Wahrnehmung berechtigter Interessen gem. § 193 StGB analog	. 278
bb) Güter- und Pflichtenabwägung	. 280
cc) Ergebnis zum Ausgleich konfligierender Interessen	. 281
d) Festnahmerecht gem. § 127 Abs. 1 StPO analog	. 282
e) Datenschutzrechtliche Rechtfertigungsgründe	. 285
aa) Verhältnis von Datenschutzrecht und Strafrecht	. 285
bb) Strafrechtliche Auswirkungen des Datenschutzrechts	. 287
5. Ergebnis für die Rechtfertigung und Schlussfolgerung	. 290
D. Auswirkungen der (Un)Verwertbarkeit auf die materielle Rechtmäßigkeit der eigeninitiativen Beweismittelsuche	
I. Eigenständige Beurteilung der materiellen Rechtslage	
II. Die Verwertbarkeit als materiell-rechtlicher Rechtfertigungsgrund	
III. Die Unverwertbarkeit als Hindernis der materiellen Rechtmäßigkeit	
1. Relevante Fallgruppen	
2. Maßgebliche Perspektive und relevanter Zeitpunkt	
IV. Ergebnis für die Auswirkungen der Unverwertbarkeit	
E. Zusammenfassung Teil 2	
Teil 3	
Erste allgemeine Folgerungen für die Beweisverbotslehre	307
A. Zirkelschluss zwischen materieller und formeller Bewertung	. 308
I. Mögliche Gründe für eine Berücksichtigung der materiellen Rechtswidrigkeit .	
II. Kritik an der vorstehenden Argumentation und Auflösung des Zirkelschlusses	310
III. Ergebnis zum Zirkelschluss zwischen materieller und formeller Bewertung	. 318
B. Folgen für die Entwicklung prozessualer Beweisverbote	
I. Materiell-rechtlicher Lösungsansatz	
1. Der materiell-rechtliche Rechtsverstoß des Privaten	

	2. Der materiell-rechtliche Rechtsverstoß des Richters	325
	a) Datenschutzrechtliche Betrachtung	326
	b) Strafrechtliche Betrachtung	326
	c) Kritische Analyse	328
	aa) Verbindungslinien zwischen dem materiellen Unwerturteil und einem	
	Beweisverbot	330
	bb) Auflösung des Widerspruchs: Prozessrechtsakzessorietät des materiellen Rechts	222
	3. Ergebnis zu den materiell-rechtlichen Lösungsansätzen	
п	Verfassungsrechtlicher Lösungsansatz: Verwertung als Grundrechtseingriff	
	Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als hinreichender Prüfungsmaßstab?	
	a) Weitere materielle Grundrechte und das Recht auf ein faires Verfahren	
	b) Perspektivwechsel: Das Recht auf Beweis	
	c) Zwischenergebnis zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht	
	2. Verwertung als Eingriff in Art. 2 Abs. 1 GG i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG	
	3. Die verfassungsmäßige Ordnung als Grundrechtsschranke	
	a) Strafprozessuale Rechtsgrundlage	
	b) Zivilprozessuale Rechtsgrundlage	
	c) Zwischenergebnis zur verfassungsmäßigen Ordnung	
	4. Abwägung im Einzelfall	
	a) Grundlegende Unterschiede zwischen Straf- und Zivilverfahren	
	b) Das persönlichkeitsrechtliche Sphärenmodell	368
	c) Etwaige Drittinteressen	373
	d) Strafprozessrecht	376
	aa) Das staatliche Strafverfolgungsinteresse	377
	bb) Eingriffstiefe: Der "modifizierte" Sphärengedanke	385
	cc) Der "ultima-ratio-Gedanke": Mögliche Konflikte mit der Rechtspre-	
	chung des EGMR	
	dd) Hypothesenbildung	
	ee) Ergebnis zur Abwägung im Strafprozess	
	e) Zivilprozessrecht	
	aa) Interesse des Beweisführers: Das zivilprozessuale Verwertungsinteresse	
	und das Recht auf Beweis	
	bb) Rechtspositionen des Beweisgegners: Eingriffstiefe und "modifizierter" Sphärengedanke	
	cc) Allgemeininteresse an einer funktionstüchtigen Zivilrechtspflege und	270
	einer materiell richtigen Entscheidung	400
	dd) Ergebnis zur Abwägung im Zivilprozess	
	f) Tatsächliche Bedeutung der privaten Beweismittelsuche	
Ш.	Sonderfall menschenunwürdige Behandlung	
	I. Staatliche Schutzpflicht	

	2. Faires Verfahren	. 410
	3. Zwischenergebnis zum menschenunwürdigen Verhalten	. 411
	IV. Nachweis der tatsächlichen Umstände im Prozess	. 412
C.	Perspektivwechsel: Der erneute Blick auf die eigeninitiative Beweismittelsuche	. 415
D.	Zusammenfassung Teil 3	. 417
	Teil 4	
	Übergabe an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden	422
A.	Strafrechtliche Betrachtung des Übergabeaktes	. 423
	I. Übergabe von Tonaufnahmen – § 201 Abs. 1 Nr. 2 StGB	
	So hergestellte Aufnahme	
	2. Gebrauchen oder Zugänglichmachen	
	II. Übergabe von Bildaufnahmen	
	1. Übergabe unbefugt hergestellter Bildaufnahmen – § 201a Abs. 1 Nr. 4 StGB	428
	a) Tathandlungen des § 201a Abs. 1 Nr. 4 StGB: Gebrauchen oder Zugäng-	
	lichmachen	
	b) Bedienstete der Strafverfolgungsbehörden als Dritte	
	2. Übergabe befugt hergestellter Bildaufnahmen – § 201a Abs. 1 Nr. 5 StGB	
	3. Ansehensschädigende Bildaufnahmen – § 201a Abs. 2 S. 1 StGB	
	4. Tatbestandsausschluss gem. § 201a Abs. 4 StGB	
	III. Rechtfertigung der Übergabe	
	1. Rechtfertigung des Verkaufs von Steuerdaten-CDs	
	2. Rechtfertigung der Übergabe von Ton- und Bildaufnahmen	
	a) Notstandslage	
	b) Notstandshandlung	
	c) Subjektives Rechtfertigungselement	
	3. Ergebnis zur Rechtfertigung des Übergabeaktes	
В.	Datenschutzrechtliche Betrachtung des Übergabeaktes	
	I. Übergabe ohne Zweckänderung	
	II. Übergabe mit Zweckänderung	
	III. Ergebnis zur datenschutzrechtlichen Betrachtung des Übergabeaktes	
C.	Kunsturhebergesetzliche Betrachtung des Übergabeaktes	. 457
	I. Ausgangslage des Normkonflikts	
	II. Öffnungsklausel gem. Art. 85 DSGVO	
	III. Konsequenzen für die §§ 22 ff. KUG	
	IV. Ergebnis zur kunsturhebergesetzlichen Betrachtung des Übergabeaktes	. 463
D.	Zusammenfassung Teil 4	. 463

## Teil 5

		Umgang mit Beweismitteln im gerichtlichen Verfahren	465
4.	Der	r rechtliche Rahmen für innerprozessuales Verhalten	466
	I.	Innerprozessuales Verhalten der Privatperson	467
		1. Innerprozessuales Verhalten im Zivilverfahren	467
		2. Innerprozessuales Verhalten im Strafverfahren	469
		3. Konsequenzen für das innerprozessuale Verhalten von Privatpersonen $\ldots\ldots$ .	469
	П.	Das richterliche Verhalten im Prozess	470
	III.	Ergebnis zum rechtlichen Rahmen für innerprozessuales Verhalten	471
в.	Stra	afrechtliche Grenzen des innerprozessualen Verhaltens	472
	I.	§ 201 StGB	472
		1. Tonaufnahmen – § 201 Abs. 1 Nr. 2 StGB	473
		2. Öffentliche Mitteilung – § 201 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 StGB	475
	II.	§ 201a StGB	479
		1. Gebrauchen i. S. d. § 201a Abs. 1 Nr. 4 StGB	479
		2. Zugänglichmachen i.S.d. § 201a Abs. 1 Nrn. 4 und 5, Abs. 2 StGB	480
		3. Tatbestandsausschluss gem. § 201a Abs. 4 StGB	482
	III.	§ 202d StGB	
		1. Schutzrichtungen der Datenhehlerei	
		2. Tatbestandsausschluss gem. § 202d Abs. 3 S. 2 Nr. 1 StGB	484
		a) Reichweite des Tatbestandsausschlusses	485
		b) Strafprozessuale Auswirkungen des § 202d Abs. 3 S. 2 Nr. 1 StGB	
		c) Prozessrechtsakzessorietät des § 202d Abs. 3 S. 2 Nr. 1 StGB	
		d) Ergebnis und Konsequenzen für den Zivilprozess	
	IV.	Rechtfertigung	
		1. Rechtfertigung der Privatperson	
		a) Materielle Rechtfertigungsgründe im Prozess	
		b) Rechtfertigung im Strafverfahren	
		aa) Rechtfertigung des unschuldigen Angeklagten	
		(1) Notwehr	
		(2) Rechtfertigender Notstand	495
		(3) Zwischenergebnis zur Rechtfertigung des unschuldigen Angeklag-	404
		ten	
		bb) Rechtfertigung sonstiger "privater" Verfahrensbeteiligter	
		(1) Rechtfertigender Notstand	49/
		(2) Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gem. § 201 Abs. 2 S. 3 StGB	490
		(3) Zwischenergebnis	
		(a) manipulation for the state of the state	

	c) Rechtfertigung im Zivilverfahren	. 500
	aa) Notwehr: Verteidigung gegen den Prozessbetrug	
	(1) Notwehrlage	
	(2) Notwehrhandlung	
	bb) Notstand	
	cc) Zwischenergebnis für die Rechtfertigung im Zivilverfahren	
	d) Nachweis der Rechtfertigungsvoraussetzungen	
	2. Rechtfertigung des Richters	. 508
	a) Rückgriff auf die allgemeinen Rechtfertigungsgründe	
	b) Partizipation des Richters an der Rechtfertigung des Privaten	. 510
	c) Die verfahrensrechtlichen Befugnisse als materielle Rechtfertigungsgründe	514
	V. Zugunsten des Richters: Sperrwirkung des § 339 StGB	. 516
	VI. Ergebnis zu den strafrechtlichen Grenzen des innerprozessualen Verhaltens	. 521
C.	. Datenschutzrechtliche Grenzen des innerprozessualen Verhaltens	. 523
	I. Datenschutzrechtliche Bewertung des privaten Verhaltens	
	1. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO	
	2. Rechtmäßigkeit der Datenverarbeitung bei Zweckänderung	. 525
	II. Datenschutzrechtliche Bewertung des richterlichen Verhaltens	. 526
	Datenschutzrechtliche Vorgaben im Strafprozess	. 527
	a) Umsetzung im nationalen Recht und Verhältnis zwischen BDSG und StPO	529
	b) Anforderungen an den richterlichen Umgang mit Beweismitteln	. 531
	2. Datenschutzrechtliche Vorgaben im Zivilverfahren	. 532
	a) Vorgaben der DSGVO	. 533
	b) Vorgaben des nationalen Rechts	. 535
	aa) § 3 BDSG als Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung	. 535
	bb) §§ 284 ff., 355 ff. ZPO als Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung	536
	3. Ergebnis zur datenschutzrechtlichen Bewertung des richterlichen Verhaltens	
	und Schlussfolgerung	. 538
D.	. Zivilrechtliche Grenzen des innerprozessualen Verhaltens	. 540
E.	. Zusammenfassung Teil 5	. 542
	Teil 6	
	Zusammenfassung, Ausblick und legislatorischer Handlungsbedarf	544
Α.	. Zusammenfassung der wesentlichen Erkenntnisse und Überprüfung im Einzelfall	. 544
••	I. Rechtliche Bewertung der eigeninitiativen Beweismittelsuche	
	II. Konsequenzen für die Entwicklung eines Beweisverbots	
	III. Übergabe an die staatlichen Strafverfolgungsbehörden	
	IV. Rechtswidriges Verhalten im Prozess	

B. Le	gislatorischer Handlungsbedarf560
I.	Materiell-rechtliche Regelungen
II.	Prozessrechtliche Regelungen
	1. Präzisere Befugnisnormen
	2. Geschriebene Beweisverwertungsverbote
Litera	iturverzeichnis
Stichy	vortverzeichnis

Inhaltsverzeichnis

17